

Luzerner Tagblatt.

Fünfunddreißiger Jahrgang.

N^o. 13.

Samstag,

Jeden Freitag eine belletristische Beilage: „Wöchentliche Unterhaltungen“

den 16. Januar 1866.

Abonnementpreis:

Durch die Post bestellt	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Fr. 12. 80	Fr. 24. 00	Fr. 48. 00	
Für Luzern zum Briefen	„ 12. —	„ 24. —	„ 48. —
„ Abholen	„ 10. —	„ 20. —	„ 40. —

Erhöht täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditions-Bureau: St. Jakobsvorstadt 565 E.

Insertionspreis:

Die einpaltige Zeile oder deren Raum 10 Ct.
Für Wiederholungen 8 „
Inserat-Aannahme, größere bis 9 Uhr, kleinere bis 11 Uhr, im Expeditions-Bureau. — Auskunft über Inserate ebenfalls oder durch Telephon. — Schriftliche Auskünfte über Inserate gegen Einreichung der betr. Adressen in Postmarken.

Der Czar und der Fürst Alexander.

In der letzten Zeit tauchten in auswärtigen, so auch in russischen Blättern die verschiedenartigsten Gerüchte über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen dem Czar und dem Fürsten Alexander von Bulgarien auf; insbesondere war von der angeblich bevorstehenden Wiederherstellung der russischen Herrschaft in Bulgarien die Rede. Darstellungen des wahren Zustandes der Dinge sind jedoch selten und meistens unzuverlässig. Die Wiener „Polit. Correspondenz“ von glaubwürdiger Seite aus Petersburg erhalten hat, lassen jedoch alle diese Kombinationen als einer festen Grundlage entbehrend erscheinen.

Um den gegenwärtigen Stand dieses Verhältnisses von richtigen Gesichtspunkten aus zu beurtheilen, muß auf die Anfänge desselben zurückgegangen werden. Wenn der in Bulgarien seit der Besetzung dieses Landes regierende Fürst keinerlei Verpflichtungen gegenüber dem russischen Hofe gehabt hätte, so wäre seine Stellung in der gegenwärtigen Krise eine ganz andere, als sie in der That beschaffen ist. Allein es ist eben nicht zu vergessen, daß auf Antrieb des Czars die russische Diplomatie s. Z. ihren ganzen Einfluß aufbot, um der Kandidatur des Prinzen Alexander von Wattenberg für den bulgarischen Thron zum Siege zu verhelfen. Dadurch wurden dem Fürsten moralische Verpflichtungen auferlegt, welche insofern des wohlwollenden Schutzes, den der gegenwärtige Czar ihm angedeihen ließ, und der militärischen Unterstützung, welche Bulgarien unausgesetzt seitens Russlands erhielt, noch gemachten sind.

Ungefährlichweise sah sich der Fürst unmittelbar nach seiner Thronbesteigung von tausend Feindgenossen umgeben, welche seine Autorität, ja selbst seinen Thron gefährdeten. Nach langem Kampfe gegen diese Elemente gelangte Fürst Alexander endlich zur Erkenntnis, daß die Erwerbung großer Popularität allein seinen Verlegenheiten ein Ende machen könnte, und als das geeignetste Mittel hierzu mußte ihm die Vereingung Bulgariens mit Ostrumelien vorkommen, welche den sehnlichsten Wunsch des bulgarischen Volkes bildet. Dieses Unternehmen erschien jedoch als ein zu abenteuerliches, als daß es ohne auswärtige Hilfe hätte gemagt werden können. Daß dieser Beistand seitens der russischen Regierung unter den bestehenden Verhältnissen nicht zu erwarten war, darüber war sich Fürst Alexander klar, und er beschloß somit angesichts dieser Sachlage, die Ereignisse abzuwarten.

Während in diese Situation fiel die Vereingung des Bruders des Fürsten mit einer Tochter der Königin Victoria. Fürst Alexander begab sich zu den Höflichkeitseierlichkeiten nach London, fand dort eine vortheilhafte Aufnahme und machte die Wahrnehmung, daß das kabinetsmäßige Selbstregieren sei, den Plan der bulgarisch-ostumelischen Union zu unterstützen. Als nun die Revolution in Philippopel ausbrach, war es nicht sowohl diese Thatsache selbst, als vielmehr der seinen Pflichten gegen Ausland und die kaiserliche Familie so sehr widersprechende Charakter seiner Handlungswelt, wodurch sich Fürst Alexander dem Czar so sehr entfremdet hat. Es ist richtig, wenn man glaubt, daß zwischen Czar und Fürst eine ursprünglich persönliche Antipathie bereits bestanden hatte. Der Czar hat durch den Philippopeler Staatsstreich seine Regierung kompromittirt und der Mitwirkung bei diesem Ereignisse verdächtigt gesehen, er war entrüstet, daß Fürst Alexander so wenig Rücksicht auf ihn nahm, er sah dieses Vorgehen als einen offenen Anbänd an und entzog ihm infolge dessen seinen Schutz, der überdies Ausland in schwere Verwicklungen hätte bringen können. Darans ergab sich die unmittelbare Verurtheilung des Philippopeler Staatsstreiches, die Abberufung der russischen Offiziere und schließlich die Streichung des Czars haben selber keinerlei Veränderungen erfahren, auch die Siege des Fürsten vermochten hieran nichts zu mobilisieren, und die entgegenkommenden Schritte des Fürsten gegenüber dem Czar in der letzten Phase der bulgarischen Krise sind bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben. In all diesen Schritten erblidete der Czar nur politische Klugheitsakte des Fürsten, in die der Czar kein volles Vertrauen zu setzen vermochte.

Was dagegen das bulgarische Volk betrifft, so hat der von demselben an den Tag gelegte Velmuth auf den

Czar den tiefsten Eindruck gemacht, und es besetzt sich bei ihm immer stärker die Ueberzeugung, daß man das Volk für die Handlungen seiner Regierenden nicht verantwortlich machen könne und ihm die moralische Unterstützung, deren es jetzt mehr bedarf als je, nicht entgegen dürfe. Es ist heute eine fast feststehende Thatsache, daß der Czar sich nicht weigern wird, die bulgarisch-rumelische Union zu sanktioniren, sobald dieselbe von den interessirten Mächten anerkannt werden könnte, ohne neue Evidenzen des Treibens herbeizuführen, und zwar unter solchen Bedingungen, daß die Union keine flagrante Verletzung des Berliner Vertrages bilden würde. Dagegen kann für den Augenblick noch keine Rede davon sein, daß Fürst Alexander vom Czar wieder in Gunst aufgenommen und in seine militärische Würde wieder eingesetzt wird. In der Umgebung des Czars hat man sogar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die dem bulgarischen Volke aus dem Kriege und der ganzen politischen Krise erwachsenden Leiden einen ungünstigen Umschwung für den Fürsten Alexander und schließlich seinen Sturz herbeiführen könnten. Eine solche Wendung hat jedoch angesichts der außerordentlichen Popularität, die der Fürst sich erworben, sehr geringe Wahrscheinlichkeit und jene, die diesen Umschwung herbeiwünschen, haben sich wohl die Frage nicht vorgelegt, ob eine neue bulgarische Revolution und die Nothwendigkeit, den Fürsten Alexander zu ersetzen, nicht viel schwerere als die gegenwärtigen Verwicklungen herbeiführen würden.

Was die Anschauungen des russischen Publikums in dieser Sache betrifft, ist zu konstatiren, daß dasselbe die Dinge mit andern Augen ansieht. Nachdem die Siege des Fürsten die materiellen Hindernisse, auf welche die Union im Anfang gelehrt war, niebergefallen haben; nachdem selbst die meist interessirten Mächte in dem Wunsche übereinstimmen schienen, daß der Friede durch diese Angelegenheit nicht mehr ernstlich bedroht werde; und da überdies der Fürst eigene Macht, sich mit der Realisirung der Union unter den durch die Rücksicht auf den Berliner Vertrag gebotenen Einschränkungen zurecht zu geben, so sollte Ausland — erteilt man im Publikum — nicht nur die Union acceptiren, sondern es geradezu mit Freude begrüßen, daß eine der wichtigsten Bestimmungen des Vertrages von San Stefano durch die Gewalt der Thatsachen verwirklicht worden ist. Statt dem Fürsten Alexander noch länger zu großen, sollte man eine vollständige und offene Ausöhnung mit ihm herbeiführen und die Kraft, welche sich in seiner Person und in seiner tapferen Armee geoffenbart hat, zum Vortheile Russlands ausnützen. Mit anderen Worten: die öffentliche Meinung in Ausland würde wünschen, daß man die Entzweiung eines so wertvollen Bundesgenossen und die Verstärkung ausländischer, Ausland feindlicher Elemente nicht zulassen, sondern den Fürsten im Banntreibe Russlands festhalten sollte. Bulgarien sollte sich jenen, die einen Vorzug Russlands im Orient und somit Alexander gleichsam zu einem veränderten Stob-leff gemacht werden, der im Bedarfsfalle den einheimischen, zu reich entlassenen General Stob-leff ersetzen soll. Unter den gegenwärtigen Umständen — betont man — könnte dieses Ziel leicht erreicht werden, ohne den geringsten Konflikt zwischen Ausland und irgend einer anderen Macht hervorzurufen. Mit der Verwirklichung dieser Politik hat es übrigens jedenfalls noch seine guten Wege, denn es gibt gegenwärtig am russischen Hofe keine Persönlichkeiten, die sich oder geneigt wäre, kein Czar die Verwirklichung dieser Politik, die national wäre, ohne kriegerisch zu sein, und die Gefahren, welche bei Nichtbefolgung derselben drohen, mit Erfolg geltend zu machen.

So der Petersburger Berichterstatter der Wiener „Politischen Correspondenz“. Da dieselbe ein offizielles Blatt und in der Regel über auswärtige Dinge gut unterrichtet ist, so haben ihre Ausführungen immerhin auf Beachtung und Glaubwürdigkeit Anspruch.

Eidgenossenschaft.

Luzern. Unser Beschluß der liberalen Minderheit des Großen Rathes nachkommend, hat das liberale Centralcomité beschlossen, auf nächsten Sonntag eine Versammlung liberaler Vertrauensmänner aus dem ganzen Kanton zu veranstalten, um die Wünsche und Stimmungen, welche in Bezug auf die in der nächsten Großversammlung zur Verhandlung gelangenden Fragen betr. Revision des Hypothekargesetzes (Zinsfuß-

reduktion, Gleichstellung der alten Gülten mit den neuen etc.) vorhanden sind, kennen zu lernen.

Dem „Sandels-Courier“ wird aus dem Hinterland folgender Fall „gemüthlicher“ Strafrecht gemeldet: Es ist bekannt, daß s. Z. in Großwangen von konservativer Seite, um den liberalen Gemeindebehörden Opposition machen zu können, eine sogenannte „rothe Kasse“ gegründet worden ist. Nachdem man schon länger gemunkelt, der Vorstand der Kasse, Wirth Joh. Meyer, verhehle nichts vom Gescheite, ergab ein genauer Unterfuch, daß Meyer sich Veruntreuungen von circa 30,000 Fr. schuldig gemacht habe. Schon unterm 5. November 1865 wurde Meyer daher von seiner Stelle entlassen und die Entlassung im Kantonsblatt public gemacht.

Auf Meyer wurde von verschiedener Seite Strafflage auf Unterschlagung und Betrug gestellt. Das Kantonsblatt brachte die Konkurspublikation über Meyer, aber der Amtshaltalter kümmerte sich nichts um ihn. Auf Reklamationen hin sollte Meyer auf das Statthalteramt Surice geführt werden. Da ergab es sich, daß Meyer längst verstorben sei und das Weite gesucht habe. Nachdem wieder eine neue Frist abgelaufen und Meyer sich in weiter Ferne in Sicherheit befindet, hindert nun das Luzernerische Tagblatt hindert und bringt einen Verhaftsbefehl gegen Meyer.

Als von Anfang November an hatte der Amtshaltalter von Surice nicht nur private, sondern amtliche Kenntniß von den Defraudationen des Meyer, und erst auf Drängen hin erläßt er noch acht Wochen einen Verhaftsbefehl. Nicht einmal Vorkehrungsmaßregeln werden ergriffen, um einen solchen sauberen Bozel am Ausfliegen zu verhindern.

Zürich. (V. Korr. vom 14. Jan.) Nachdem schon vor Jahren die gemeinnützige Gesellschaft des Bezirkes Zürich einen freien Lesesaal für Arbeiter, in dem namentlich auch die bedeutendsten Organe der Tagespresse aufliegen, gegründet, hat jetzt der Kreisverein Zürich des schweizerischen Frauenverbandes auch einen solchen für Frauen und Mädchen in's Leben gerufen. Während der erlere täglich Abends bis gegen 10 Uhr geöffnet ist, steht der letztere nur an Sonntags-Nachmittagen zur Verfügung.

Bekanntlich knüpften sich seiner Zeit an die Prämierung der Entwürfe für ein eidgenössisches Bewerwaltungsgedäude in der Presse allerlei Erörterungen. Man wollte die volle Unbefangtheit der Jury nicht selten lassen und suchte hinter ihrem Urtheil allerlei öfterliche und freundschaftliche Einflüsse. Thatsache ist, daß der Bundesrath die Ausarbeitung eines speziellen Entwurfs dem Zweiprämiren, Auer in Wien, und nicht dem Erstprämiren, Professor Blumhilt in Zürich, übertrug. Das kränkte Blumhilt tief und er hat sich im genannten Verein gestern Abend über seine Zurücksetzung beklagt. Blumhilt wurde die Ansicht ausgesprochen, daß nach statgehabter Konkurrenz der Erstprämie bei der Ausführung der Pläne Berücksichtigung finden sollte. Der Ingenieur- und Architektverein wird sich mit dieser Frage befassen.

Am 24. Januar hat der Bezirk Zürich für den zum Regierungsrath avancirten Nölzel ein Mitglied des Bezirksgerichtes zu wählen. Die „Neue Zürcher Zeitung“, unablässig thätig für Verhinderung aller freilich fortgeschrittenen Elemente zu einer zürcherlichen Partei, empfiehlt Verdrängung der Liberalen und Demokraten behufs Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatur.

Die Unteroffiziers-Gesellschaft aller Waffen in Zürich hat in Betrach der Semacher Kollekte den Beschluß gefaßt, mit aller Energie für die Sammlung zu arbeiten, wieder aber in dem Sinne vorzunehmen, daß die eine Hälfte des Ertrages der zürcherlichen Wirtelreihung, die andere Hälfte dem Semacher-Pensmal zugewiesen würde. Unter diesen Umständen dürfte die Annahme des Vorstandes der kantonalen Offiziersgesellschaft, die Kollekte gemeinsam, gemeinbeweise vorzunehmen zu lassen, auf doppelt günstigen Boden fallen.

Altdorf. (Korr.) Die Verwaltungs- und Prüfungscommission der Ersparrnkasse von Altdorf hat beschlossen, auf 1. März nächsten den Zinsfuß für Darlehen auf 4 1/2 % zu reduzieren, dagegen die Einlagen aus nur mehr zu 4 % zu verfahren. Damit ist nahezu 800 Schuldnern eine Erleichterung von circa 7500 Fr. geboten; dagegen verlieren etwa 4000 Entleger annähernd den gleichen Betrag. Gleichwohl ist der Reichthum nur zu